



Jahresziele 2004

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 19. November 2003)

Inhalt

Einleitung	1
------------	---

Jahresziele 2004 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

Bundeskanzlei	2
---------------	---

Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
--	---

Departement des Innern	7
------------------------	---

Justiz- und Polizeidepartement	15
--------------------------------	----

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	19
--	----

Finanzdepartement	23
-------------------	----

Volkswirtschaftsdepartement	26
-----------------------------	----

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	32
--	----

Anhänge

1 Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2004: Überblick	35
--	----

2 Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2004	37
--	----

Einleitung

Gemäss Artikel 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2004 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Bericht des Bundesrates über Schwerpunkte der Verwaltungsführung 2004 (Geschäftsbericht – Band II), den der Bundesrat im Frühjahr 2005 verabschieden wird.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Bundeskanzlei

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Umsetzung der Volksrechtsreform und administrative Unterstützung bei Volksabstimmungen	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft zu einer Änderung der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte (Einführung der allgemeinen Volksinitiative) ist vom Bundesrat verabschiedet*– Ein Erfassungs- und Übermittlungsprogramm ist entwickelt, das Gemeinden, Bezirken und Kantonen bei eidgenössischen Volksabstimmungen zur freiwilligen Benützung zur Verfügung gestellt werden kann
Ziel 2	
Legislaturplanung 2003–2007	<ul style="list-style-type: none">– Der Bericht über die Legislaturplanung 2003–2007 und der dazu gehörige einfache Bundesbeschluss sind vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 3	
Indikatoren als Führungsgrössen für die Politik	<ul style="list-style-type: none">– Der Bericht «Indikatoren als strategische Führungsgrössen für die Politik» (in Erfüllung des Po. Kommission 00.016-NR 00.3225 Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsinstrument) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 4	
Neuregelung des Vernehmlassungsrechts	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 5	
Neuregelung der Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland	<ul style="list-style-type: none">– Das Vernehmlassungsverfahren zur entsprechenden Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) ist eröffnet
Ziel 6	
Regelung des Status der Stadt Bern als Bundesstadt	<ul style="list-style-type: none">– Die Vernehmlassung zu einem neuen Bundesgesetz ist eröffnet

Ziel 7	
E-Government: Guichet virtuel und Vote électronique	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat über eine neue Vereinbarung mit den Kantonen betreffend den Weiterbetrieb des Guichet virtuel entschieden – Erste Pilotversuche mit Vote électronique in den Kantonen sind bewilligt, durchgeführt und evaluiert
Ziel 8	
Einführung der neuen Geschäftsverwaltung GEVER	<ul style="list-style-type: none"> – Die Pilotversuche und die Testphase sind abgeschlossen – Der departementsübergreifende und interne Betrieb des GEVER-Systems ist aufgebaut – Die Schnittstelle EXE-GEVER ist definiert – Die Bundesvorgaben für den elektronischen Datenaustausch sind formuliert und stehen für die Anwendung zur Verfügung
Ziel 9	
Neuregelung der Information und Kommunikation in ausserordentlichen Lagen (gemäss Bericht des Bundesrates zum Postulat Müller 99.3076)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Auflösung des Stabes Bundesrat Informations-Zentrale ist erfolgt – Die Ersatzstrukturen sind mit den Departementen verbindlich geschaffen – Die übrigen erforderlichen Dienstleistungen sind mit den zuständigen Partnern (SRG, Swisscom, evtl. SDA) vertraglich geregelt – Die Strukturen innerhalb der Bundesverwaltung zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen sind eingeführt, getestet und allgemein bekannt – Die Information nach innen wie nach aussen ist konzipiert und funktioniert

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
Ziel 1	
Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Botschaft über die mit der EU abgeschlossenen bilateralen Verträge (Bilaterale II) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft ans Parlament über die Ausdehnung des Abkommens CH-EU über den freien Personenverkehr auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 2	
Verstärktes Engagement der Schweiz im Rahmen der UNO	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht Schweiz – UNO / internationale Organisationen 2004, mit einem Kapitel über die konsolidierten Reformen und Prioritäten für die 59. Generalversammlung, ist verabschiedet – Die Kampagne für den Einsitz in der UNO-Menschenrechtskommission 2007–2009 ist vorbereitet
Ziel 3	
Sicherung der Weiterführung und Finanzierung der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 4	
Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in den Schwerpunktregionen Südosteuropa und Mittelmeerbecken; Beteiligung an den Anstrengungen zur Stabilisierung in Afrika	<ul style="list-style-type: none"> – Die Strategie der Schweizer Aussenpolitik für Südosteuropa wird weiter umgesetzt. Das Engagement der Schweiz im Rahmen des Stabilitätspakts wird weitergeführt

	<ul style="list-style-type: none"> – In Umsetzung des Regionalkonzeptes für die Mittelmeerregionen sind die Beziehungen der Schweiz zu den Staaten des Mittelmeerbeckens ausgebaut; je nach Entwicklung der Situation werden die Anstrengungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und dem Wiederaufbau im Irak verstärkt – Die Schweiz beteiligt sich über die humanitäre Hilfe, die Unterstützung von friedenserhaltenden Operationen und die Entwicklungszusammenarbeit an den Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft in Afrika, insbesondere Westafrika
Ziel 5	
<p>Konsolidierung und Weiterentwicklung der schweizerischen Menschenrechtspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht des Bundesrates über die schweizerische Menschenrechtspolitik (in Erfüllung des Po. APK-NR 00.3414 Regelmässige Berichterstattung über die Menschenrechtspolitik der Schweiz) ist erstellt* – Der Bericht zur Frage der Errichtung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution ist erstellt – Der Schweizer Expertenbericht zur Reform der UNO-Menschenrechtskommission ist im Human Security Network verankert – Die Botschaft betreffend das Fakultativprotokoll zum UNO-Übereinkommen über die Rechte der Kinder betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie von 1989 vom Bundesrat ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Zusatzprotokoll (I) zur Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) von 1950 ist durchgeführt – Der Bericht über das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegen die Frau von 1979 ist verabschiedet
Ziel 6	
<p>Stärkung der Schweiz als Sitz internationaler Organisationen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft betreffend die Gewährung eines zinsfreien Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen in Genf (FIPOI) zur Finanzierung eines Anbaus am Gebäude der WTO in Genf ist vom Bundesrat verabschiedet*

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Privilegien, Immunitäten und Fazilitäten sowie von Finanzhilfen im Bereich Sitzstaatpolitik ist vom Bundesrat eröffnet* – Die Botschaft betreffend Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals von 1994 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 7	
Stärkung der kulturellen Aussenpolitik der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Arbeiten zur Gestaltung der kulturellen Aussenpolitik sind abgeschlossen und das Kompetenzzentrum ist in Betrieb
Ziel 8	
Konkretisierung und Umsetzung migrationspolitischer Strategien im Rahmen der Aussenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schweiz hat im Rahmen der <i>Global Commission on Migration</i> einen Beitrag zu internationalen Steuerungsinstrumenten der Migration geleistet
Ziel 9	
Klare Positionierung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf die Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Prioritäten im Rahmen der MDGs sind definiert und in die Programme der internationalen Zusammenarbeit integriert – Die internationalen Harmonisierungsanstrengungen zur Effizienzsteigerung der internationalen Zusammenarbeit sind unterstützt worden
Ziel 10	
Optimale Vorbereitung des OECD/DAC-Examens der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> – Das OECD/DAC-Examen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ist mit gezielten Massnahmen vorbereitet – Für die Peer Review im Rahmen des OECD/DAC-Examens sind ausgewählte Schwerpunktländer vorgeschlagen
Ziel 11	
Beitritt der Schweiz zum Seerechtsübereinkommen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Ratifizierung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 12	
Beitritt der Schweiz zum International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Departement des Innern

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Hochschulförderung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassungsvorlage zur neuen Hochschulförderung ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das weitere Vorgehen im Bereich «Neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung» ist geklärt*
Ziel 2	
Umsetzung der Entscheide zu den BFT-Rahmenkrediten 2004–2007, des Universitätsförderungsgesetzes und des Forschungsgesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Prioritätensetzung innerhalb der BFT-Rahmenkredite ist mit den Kantonen diskutiert und vom Bundesrat beschlossen* – Die Prioritätenordnung für die Investitionsbeiträge aufgrund des Universitätsförderungsgesetzes für die Jahre 2004–2007 ist erstellt – Der Entscheid über die zweite Serie der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) im universitären Hochschulbereich ist gefällt
Ziel 3	
Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungsraum (ERA) und im europäischen Bildungsraum	<ul style="list-style-type: none"> – Die Massnahmen im Zusammenhang mit der integralen Beteiligung am 6. EU-Forschungsrahmenprogramm (nationale Koordination, Beteiligung an europäischen Komitees) greifen – Die Grundlagen für die Verhandlungen mit der EU zur integralen Beteiligung der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU sind geklärt
Ziel 4	
Neues Forschungs- und Innovationsgesetz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Entscheidungsgrundlagen für den Entwurf eines neuen Gesetzes sind erarbeitet
Ziel 5	
Statistisches Mehrjahresprogramm 2003–2007	<ul style="list-style-type: none"> – Das Statistische Mehrjahresprogramm 2003–2007 ist durch den Bundesrat verabschiedet*

Ziel 6	
Harmonisierung Personenregister und Schaffung von Personenidentifikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Das weitere Vorgehen zur Schaffung eines Identifikationssystems mit koordinierten sektoriellen Personenidentifikatoren und zentralem Identifikationsserver im Einwohner- und Sozialversicherungsbereich ist durch den Bundesrat festgelegt* – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister ist durch den Bundesrat verabschiedet*
Ziel 7	
Vorbereitung der Volkszählung 2010	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat Vorentscheide über die Durchführung der VZ 2010, insbesondere über die Erhebungsmethoden und über die Finanzierung, getroffen*
Ziel 8	
Bericht zur Freiwilligenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Kommission 00.016-NR 00.3211 Freiwilligenarbeit) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 9	
Umsetzung der 11. AHV-Revision, der 1. BVG-Revision und der 2. KVG-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zu den Verordnungsänderungen zur geordneten Umsetzung der Gesetzesvorlagen ist durchgeführt und die Verordnungen sind durch den Bundesrat verabschiedet. Die Umsetzung kann an die Hand genommen werden, wenn die einzelnen Vorlagen in der Volksabstimmung (Finanzierungsbeschluss zur AHV/IV) und in allfälligen Referendumsabstimmungen (alle Gesetzesrevisionen) bestätigt sind* – Im Zusammenhang mit der Umsetzung der 2. KVG-Revision werden in einem Forschungsprojekt die Ursachen der Kostenentwicklung untersucht. Das Konzept des Forschungsprojekts ist Ende 2004 publiziert und das Teilprojekt zu den Auswirkungen der Spitalplanung realisiert – Der Bericht über die Verbesserung der interkantonalen Spitalplanung (in Erfüllung des Po. GPK-SR 02.3175) ist durch den Bundesrat verabschiedet*

Ziel 10	
Vernehmlassung zur 12. AHV-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zur 12. AHV-Revision ist vom Bundesrat eröffnet (vorbehältlich Zustandekommen des Referendums zur 11. AHV-Revision). In der Vorlage werden Massnahmen und Optionen zur Sicherung der mittel- und längerfristigen Finanzierung der AHV vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Ungleichgewichts dargestellt und verschiedene Handlungsoptionen zur Deckung des Finanzierungsbedarfs aufgezeigt* – Um die Auswirkungen einer allfälligen Anhebung des ordentlichen Rentenalters besser abschätzen zu können, sind Kenntnisse über Personen nötig, welche bereits heute über das Rentenalter hinaus erwerbstätig sind. Die Ergebnisse eines entsprechenden Forschungsprojekts liegen im Herbst 2004 vor
Ziel 11	
Optimierung der Aufsicht und der Durchführung in der beruflichen Vorsorge	<ul style="list-style-type: none"> – Auf der Grundlage von Expertenberichten und Richtungsentscheiden des Bundesrates liegt gegen Ende 2004 ein Vorentwurf für das Vernehmlassungsverfahren vor*
Ziel 12	
Vernehmlassung zur 3. KVG-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Sofern die 2. KVG-Revision plangemäss abgeschlossen und in Kraft gesetzt werden kann, ist das Vernehmlassungsverfahren zur 3. KVG-Revision durch den Bundesrat eröffnet. Die Vorlage beinhaltet Massnahmen zur Kostendämmung im Bereich der sozialen Krankenversicherung (Förderung ökonomischer Anreize und Korrektur von Fehlanreizen). Im Vordergrund steht die Prüfung von Massnahmen im Bereich des Kontrahierungszwangs, der Spital- und Pflegefinanzierung, der Versicherungsmodelle und der Kostenbeteiligung*
Ziel 13	
TARMED: Aufbau einer Begleitorganisation für die Einführung	<ul style="list-style-type: none"> – Entscheidungsgrundlagen für die Beurteilung von Taxpunktwerten sowie für die Plausibilisierungsüberprüfung von Kostenfolgenabschätzungen liegen vor. Der Bundesrat hat von der Kostenneutralitätsphase TARMED Kenntnis genommen

Ziel 14	
Lancierung von Mehrjahresprogrammen und Pilotversuchen zur Umsetzung der 4. IVG-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Mehrjahresprogramm für eine allgemeine gesamtschweizerische Information über die Leistungen der IV ist lanciert – Ein Mehrjahresprogramm für die wissenschaftliche Auswertung der Umsetzung des IVG (Art. 96 IVV) ist erstellt – Pilotversuche zur Stärkung der eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung von behinderten Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung sind initiiert
Ziel 15	
Botschaft zur 5. IVG-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen und die Botschaft durch den Bundesrat verabschiedet. Die wesentlichen Ziele der Vorlage sind die Dämpfung der Zunahme der Neurenten und die Vereinheitlichung der kantonalen Praxis bei Rentenzusprachen*
Ziel 16	
Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen	<ul style="list-style-type: none"> – Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) im Generalsekretariat EDI ist aufgebaut und erfüllt die gesetzlichen Aufgaben
Ziel 17	
Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für zusätzliche Geschäftsfelder der SUVA	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) ist ausgewertet und die Botschaft ist durch den Bundesrat verabschiedet*
Ziel 18	
Übertragung der Führung der Militärversicherung an die SUVA	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) und des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG) durch den Bundesrat verabschiedet*
Ziel 19	
Administrative Erleichterungen in der AHV und der Unfallversicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist durch den Bundesrat verabschiedet*

Ziel 20	
Botschaft zur Volksinitiative «für fairere Kinderzulagen»	– Die Botschaft ist durch den Bundesrat verabschiedet*
Ziel 21	
Bericht über die Situation der Familien	– Der Bericht über die Situation der Familien (in Erfüllung der Empfehlung Stadler 00.3662 Familienpolitik in der Schweiz. Bericht) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 22	
Suchtprävention und Förderung der Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> – Unter dem Vorbehalt, dass das revidierte Betäubungsmittelgesetz durch das Parlament verabschiedet wird, ist die Vernehmlassung zum entsprechenden Verordnungsrecht eröffnet. Es betrifft dies vor allem die Verordnung über die Einschränkung der Strafverfolgung beim Anbau und Handel mit Cannabis) – Das Massnahmenpaket Drogen II für die Periode 2005–2009 liegt vor – Der Bericht psychoaktiv.ch der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen (EKDF) liegt vor und ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen – Die Strategie zum Schutz, zur Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der psychischen Gesundheit in der Schweiz ist erarbeitet und der Bericht in Erfüllung des Po. SGK-NR 03.3010 Bericht zu einer nationalen Strategie zur psychischen Gesundheit vom Bundesrat verabschiedet* – Die totalrevidierte Tabakverordnung ist auf den 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt – Der Bericht zum Schutz vor dem Passivrauchen in Erfüllung des Po. WAK-NR 02.3379 Schutz vor dem Passivrauchen ist vom Bundesrat verabschiedet* – Projekt Nationale Gesundheitspolitik: Zwischen Bund und Kantonsbehörden haben regelmässig Gespräche zur Festlegung konzertierter und koordinierter Strategien zu Themen der öffentlichen Gesundheit (public health) stattgefunden. Die Struktur für die materielle Strategieentwicklung sowie die Rolle des Gesundheitsobservatoriums sind durch eine Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen definitiv festgelegt*

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Pandemieverordnung ist in Kraft gesetzt – Der Bericht über die Suizidprävention in der Schweiz in Erfüllung des Po. Widmer Hans 02.3251 Suizidprävention ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Revision des Lebensmittelgesetzes und zum Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum WHO-Rahmenübereinkommen vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakkonsums ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Verordnungsrecht Chemikalien sind vom Bundesrat zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen ist festgelegt* – Die noch ausstehenden bundesrätlichen und departementalen Regelungen zum Vollzug des Heilmittelgesetzes, insbesondere im Bereich der Tierarzneimittel, sind in Kraft gesetzt – Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ist verabschiedet*
<p>Ziel 23</p>	
<p>Weiterentwicklung der Humanmedizin</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Psychologieberufegesetz ist durchgeführt und die Auswertung abgeschlossen – Das Embryonenforschungsgesetz einschliesslich Ausführungsgesetzgebung ist in Kraft gesetzt – Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Verfassungsartikels und zum Entwurf eines Gesetzes über die Forschung am Menschen ist durch den Bundesrat eröffnet* – Eine organisatorische Einheit zur Früherkennung, Prävention und Kontrolle von «Emerging and Re-emerging Diseases» ist aufgebaut und der Betrieb sichergestellt

Ziel 24	
Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung von Artikel 69 BV (Kulturartikel) und zum Pro-Helvetia-Gesetz ist durch den Bundesrat eröffnet (abhängig von gewählter Variante)* – Der Bericht über die Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Musikausbildung (in Erfüllung der Mo. Bangerter Käthi 99.3528, Mo. Danioth Hans 99.3502 Förderung der Musikausbildung und Po. Suter Marc 98.3473 Eidg. Akademie der musischen Künste) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Pilotphase für die Förderung der Medienkunst ist gestartet – Der Entscheid über die künftige Ausrichtung des Schweizer Instituts in Rom ist gefallen
Ziel 25	
Erhaltung und Vermittlung des kulturellen Erbes	<ul style="list-style-type: none"> – Sofern das Parlament das entsprechende Gesetz verabschiedet, ist die Gründung der Stiftung Schweizerisches Landesmuseum vom Bundesrat eingeleitet, der Stiftungsrat gewählt und der Leistungsauftrag für die Jahre 2005–2008 definiert* – Die Grundlagen für eine künftige nationale Memo-Politik sind erarbeitet – Die gesetzliche Grundlage zur Erhaltung, Erschliessung und Vermittlung des audiovisuellen Archiv- und Kulturguts der Schweiz durch den Verein Memoria.v ist vorbereitet – Die Voraussetzungen für die Umwandlung der Schweizerischen Landesbibliothek in ein FLAG-Teilamt sind geschaffen – Die baulichen Massnahmen beim Schweizerischen Landesmuseum sind in Angriff genommen (Sanierung Hauptsitz in Zürich und Umbau Sammlungszentrum in Affoltern) – Die Ausführungsverordnung zum Kulturgütertransfer-Gesetz ist erlassen und die Fachstelle hat ihre Arbeit aufgenommen
Ziel 26	
Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einem Sprachengesetz ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 27	
Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus	– Das Netzwerk der wichtigsten Akteure in der Prävention und in der Bekämpfung des Illetrismus ist aufgebaut
Ziel 28	
Verstärkung der Massnahmen gegen Gewalt an Frauen	– Zur Förderung der Vernetzung von Fachleuten und des Wissenstransfers über die Sprachgrenzen hinweg sowie zwecks Klärung des interdisziplinären Forschungsbedarfs ist ein Seminar zur Verminderung der Gewalt an Frauen durchgeführt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Fortsetzung der Arbeiten an der Justizreform	<ul style="list-style-type: none">– Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts Kenntnis genommen– Die Botschaft zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zu einem Schweizerischen Jugendstrafrecht ist vom Bundesrat verabschiedet*– Das Bundesstrafgericht in Bellinzona hat den Betrieb aufgenommen
Ziel 2	
Erweiterung der Grundlagen und Mittel der internationalen Justiz- und Polizeizusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Verhandlungen (Bilaterale II, inkl. die Assoziierung an die Übereinkommen von Schengen und Dublin) ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Botschaft zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit Europol ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Botschaft zur Änderung des europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Botschaft zum Polizeikooperationsabkommen mit Slowenien und Tschechien ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Botschaft zum Abkommen über die Polizeizusammenarbeit mit Frankreich ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Vernehmlassung über ergänzende Massnahmen im Strafrecht zur Umsetzung des Römer Statuts des internationalen Strafgerichtshofs ist eröffnet

Ziel 3	
Ausbau der Grundlagen zur internationalen Zusammenarbeit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Strafrechts-Übereinkommen des Europarats gegen die Korruption und zum Zusatzprotokoll ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität sowie zu den Zusatzprotokollen gegen Menschenhandel und Menschen-smuggel ist vom Bundesrat eröffnet*
Ziel 4	
Ausbau des Rechtshilfenetzes in Strafsachen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit den Philippinen ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Brasilien ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 5	
Verbesserung des Instrumentariums der präventiven Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, Konkretisierung und Verbesserung der Zusammenarbeit an den Schnittstellen im polizeilichen Bereich mit den Kantonen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus und Hooliganismus ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Änderung des Waffengesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Extremismus und Terrorismus ist eröffnet – Der Extremismusbericht (in Erfüllung des Po. Christlichdemokratische Fraktion 02.3059 Extremismus-Bericht. Aktualisierung) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über Polizeiliche Datenbearbeitung (DABAPOL) ist abgeschlossen – Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Vollzugsmassnahmen im Bundesrecht (Querschnittsgesetz) ist eröffnet – Die Vernehmlassung über Grundsatzvorschläge zum Bericht der Expertenkommission «Netzwerkkriminalität» und zum Alternativmodell (Pa. Iv. Aeppli) ist eröffnet – Der Bundesrat hat vom Schlussbericht USIS Kenntnis genommen*

Ziel 6	
Umsetzung Effizienzvorlage	<ul style="list-style-type: none"> – Die geplanten Aussenstellen der Bundeskriminalpolizei in Lausanne, Lugano und Zürich sind operationell – Die Verordnung über die Abgeltung ausserordentlicher Kosten der Kantone bei Mitwirkung in Verfahren nach Bundesstrafprozess ist verabschiedet
Ziel 7	
Corporate Governance: Massnahmen zur Vertrauensbildung in die Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über Transparenz von Entschädigungen und Beteiligungen von Verwaltungsräten und Mitgliedern der Geschäftsleitung ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Aktienrechts (Corporate Governance, nennwertlose Aktie, Flexibilisierung des Aktienkapitals, Informatisierung der Generalversammlung) ist vom Bundesrat eröffnet*
Ziel 8	
Modernisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen Mitgliedländer der EU ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Konsumentenschutz) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einer Änderung des ZGB im Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht ist eröffnet* – Die Vernehmlassung zu einem Beschluss zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ist eröffnet – Die Vernehmlassung zur Umsetzung der Trustanerkennung ist abgeschlossen – Die zweite Vernehmlassung zur Teilrevision des Patentgesetzes ist eröffnet

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes ist eröffnet – Die Teilrevision der Handelsregisterverordnung mit den Anpassungen an das Fusionsgesetz ist verabschiedet
Ziel 9	
Änderung des Vormundschaftsrechts, dabei verhältnismässige Regelung von Schutz und Selbstbestimmung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Totalrevision des Vormundschaftsrechts und zu einem Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beschlossen*
Ziel 10	
Weitere Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Totalrevision des Opferhilfegesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Fakultativprotokoll der UNO gegen Folter ist eröffnet – Der Bundesrat hat von einer Machbarkeitsstudie über die Aufnahme von biometrischen Daten im Schweizer Pass Kenntnis genommen – Der Föderalismusbericht (in Erfüllung Po. Pfisterer 01.3160 Föderalismusbericht. Erhaltung des Föderalismus bei verschiedenen europapolitischen Optionen) ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Die Berichterstattung an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b MG ist vorbereitet	<ul style="list-style-type: none"> – Der Pilotbericht an die Sicherheitspolitischen Kommissionen ist erstellt – Das Berichterstattungskonzept ist aufgrund der Aufträge der Sicherheitspolitischen Kommissionen bereinigt
Ziel 2	
Die Information und Kommunikation sind auf die neuen Bedürfnisse und Strukturen von VBS XXI ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> – Die Kommunikationsstrategie des VBS ist auf Stufe Departement koordiniert und umgesetzt – Die Kommunikationsmassnahmen des Departements sind mit denjenigen der Departementsbereiche koordiniert
Ziel 3	
Das Rechnungswesen VBS ist auf die neuen Bedürfnisse des VBS XXI und das neue Rechnungsmodell Bund (NRM) ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> – Das neue Rechnungsmodell Bund (NRM) wird nach den Vorgaben des EFD umgesetzt – Im Projekt «Konsolidierung Rechnungswesen VBS» ist das Grobkonzept erstellt – Das Budget VBS ist bezüglich Anteil der Investitionsausgaben optimiert
Ziel 4	
Das Personalmanagement ist ziel- und wirkungsorientiert auf die neuen Bedürfnisse von VBS XXI ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalum- und -abbau ist nach dem Gesamtkonzept Personalmigration und den vorgegebenen Um- und Abbauplanungen erfolgt – Die Veränderungsprozesse sind durch Personalführungs- und Entwicklungsmassnahmen nachhaltig unterstützt
Ziel 5	
Die Informatik des VBS ist auf die neuen Bedürfnisse von VBS XXI ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> – Die strategische Informatikplanung und das Controlling sind an die neuen Strukturen und Prozesse im VBS angepasst

	<ul style="list-style-type: none"> – Die SAP-Architektur ist an die neuen Strukturen und Prozesse im VBS angepasst – Die Sicherheitsvorgaben sind gemäss VBS-Weisung Informatiksicherheit M02 umgesetzt
Ziel 6	
Die sicherheitspolitischen Vorgaben für die Weiterentwicklung der Armee liegen vor	<ul style="list-style-type: none"> – Die sicherheitspolitischen Vorgaben für die mittel- und langfristige Entwicklung der Streitkräfte, und damit auch der Rüstungspolitik, sind definiert
Ziel 7	
Die Erfahrungen aus den bilateralen und multinationalen Kontakten, internationalen Organisationen und friedensfördernden Einsätzen sind für die Ausbildung der Armee maximal genutzt	<ul style="list-style-type: none"> – Die Pfp- und PARP-Prozesse sind in den Weiterentwicklungsprozess einbezogen
Ziel 8	
Die Potenziale der Minenräumung bei der schweizerischen Rüstungs- und Exportindustrie sind erhoben	<ul style="list-style-type: none"> – Die Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) läuft
Ziel 9	
Einsatz der Armee zum Schutz ausländischer Vertretungen	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat über die Verlängerung des Einsatzes der Armee zum Schutz ausländischer Vertretungen entschieden*
Ziel 10	
Unterstützung des WEF ab 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Unterstützung des WEF 2005 ff. ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 11	
Die genehmigten Einsätze und der Aufbau der Grundbereitschaft der Armee sind sichergestellt	<ul style="list-style-type: none"> – Die Grundbereitschaft ist jederzeit sichergestellt – Die Armee leistet substantielle Beiträge zur Existenzsicherung und Friedensförderung
Ziel 12	
Die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Streitkräfte- und Unternehmensentwicklungsplanung sind geschaffen	<ul style="list-style-type: none"> – Die mittel- und langfristige Streitkräfte- und Unternehmensentwicklungsplanung (MILSKUPL) ist aktualisiert – Die Zusammenarbeit mit dem Departement für die Berichterstattung an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b MG ist sichergestellt

Ziel 13	
Der Departementsbereich Verteidigung ist bezüglich Strukturen, Prozesse und Aufgaben auf die neuen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen von VBS XXI ausgerichtet	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalum- und -abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements initialisiert – Der Finanzprozess V ist bereinigt und auf Stufe Departement integriert – Die neue Sicherheitsarchitektur VBS ist implementiert
Ziel 14	
Der Departementsbereich armasuisse ist an die Strukturen, Prozesse und Vorgaben aus VBS XXI angepasst	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalum- und -abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements initialisiert – Die Geschäftsgrundlagen sind aktualisiert und die Prozesse angepasst
Ziel 15	
Die Kosten für den gesamten Lebensweg von Gütern sind konsequent und nach Prozessen für die verschiedenen Beschaffungsgüter differenziert optimiert	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schnittstellen für die Phasen «Vorhabensplanung» und «Evaluation» (TUNE-Vorgaben) sind umgesetzt – Der Nachweis betreffend «fit for mission» schliesst die Beschaffungsphase ab und ermöglicht die Nutzung von System, Material und Bauten ohne Einschränkungen – Die Schnittstellenbereinigung zwischen armasuisse und Logistikkbasis der Armee (LBA) stellt die optimale Verfügbarkeit von Material, Systemen und Bauten in der Nutzungsphase sicher – Die Liquidationsvorgaben der Armee sind gemäss Verfahrensanweisung «Ausserdienststellung» und Arbeitsanweisung «Verkauf von obsoleten Waffensystemen» umgesetzt
Ziel 16	
Die Umsetzung des Bevölkerungsschutzes in den Kantonen ist gemäss Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz eingeleitet	<ul style="list-style-type: none"> – Die Kantone werden bei der Erarbeitung der erforderlichen normativen Grundlagen (Gesetze, Verordnungen usw.) unterstützt – Die Prozesse der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen sind vereinbart und bekannt
Ziel 17	
Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist an die Strukturen, Prozesse und Vorgaben aus VBS XXI angepasst	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalum- und -abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements initialisiert – Für das integrierte Managementsystem (IMS-BABS) liegen die Haupt- und Detailprozesse vor – Die Option FLAG ist in Vorbereitung

Ziel 18	
Die Massnahmen zur Umsetzung des sportpolitischen Konzepts sind vollständig evaluiert und interpretiert	<ul style="list-style-type: none"> – Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung ist höher als im Jahr 2003 – Für den Sportunterricht sind Qualitätsstandards erarbeitet – Für die leistungsorientierten Sportverbände existieren Bildungskonzepte für die Nachwuchsförderung
Ziel 19	
Für das BASPO ist eine Ziel- und Strukturvision 2010 mit Vorausmassnahmen für 2005 entwickelt	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vorbereitungen für eine neue Organisationsstruktur «Maggingen 2005» sind im Hinblick auf «Sport CH 2010» abgeschlossen – Die Auswirkungen der neuen Organisationsstrukturen auf FLAG sind definiert
Ziel 20	
Die sportwissenschaftliche Forschung wird mit anwendungsorientierten Projekten verstärkt und vertieft	<ul style="list-style-type: none"> – Die sportwissenschaftlichen Hauptthemen sind definiert und die Umsetzungsplanung sowie ein Monitoringkonzept erstellt
Ziel 21	
Die Ratifikation des Zusatzprotokolls zur Konvention des Europarates gegen Doping ist erfolgt	<ul style="list-style-type: none"> – Das Zusatzprotokoll ist ratifiziert – Die Umsetzungsmassnahmen sind eingeleitet

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Finanzdepartement

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Konzept für einen schuldenbremsekonformen Legislaturfinanzplan 2005–2007	– Die Botschaft zu einem Entlastungsprogramm 2004 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 2	
Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögenswerte	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 3	
Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht (FINMAG)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 4	
Totalrevision Anlagefondsgesetz	– Der Bundesrat hat vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt
Ziel 5	
Bundesgesetz über die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und Bucheffekten; Wertpapierverwahrungsgesetz (WVG)	– Die Vernehmlassung ist eröffnet
Ziel 6	
Prudenzielle Aufsicht im Bereich der Finanzmärkte	– Die Vernehmlassung ist eröffnet*
Ziel 7	
Gesamtschau über Probleme der Pensionskassen von Bund und Bundesnahen Betrieben	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet* – Massnahmen zur Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts im Bereich der vorzeitigen Pensionierung und der Finanzierung der Überbrückungsrente sind erarbeitet*

Ziel 8	
Einführung Beitragsprimat in der Altersvorsorge beim Bund	– Das Vernehmlassungsverfahren ist vom Bundesrat eröffnet*
Ziel 9	
Revision Finanzhaushaltsgesetz (Neues Rechnungsmodell Bund; FLAG)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 10	
Zweite Botschaft zum Neuen Finanzausgleich; Ausführungsbestimmungen	– Das Vernehmlassungsverfahren ist vom Bundesrat eröffnet*
Ziel 11	
Biersteuergesetz	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 12	
Reform II der Unternehmensbesteuerung	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 13	
Besteuerung der Mitarbeiterbeteiligungen	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 14	
Abrechnungsweise bei der Mehrwertsteuer	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 15	
Vereinfachung und Verbesserung des Systems der Mehrwertsteuer	– Der Bericht in Erfüllung des Po. Raggenbass 03.3087 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 16	
Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 17	
Informations- und Kommunikationstechnik	<ul style="list-style-type: none"> – Die interne Dienstleistungsverrechnung auf 01.01.05 ist verabschiedet – Die Standardisierung ist fortgeschritten (eCH) – Doppelspurigkeiten bei der Entwicklung elektronischer Dienstleistungen sind reduziert (eVanti.ch und www.ch.ch) – Die Lücken im System der Informationssicherung sind reduziert (bundesverwaltunginterne Massnahmen, Aufbau der schweizerischen Melde- und Analysestelle Melani)

Ziel 18	
Versicherungsaufsicht	– Die Neuausrichtung und Reorganisation des BPV sind umgesetzt
Ziel 19	
Steuerrückbehalt im Verhältnis zur Europäischen Union	– Die Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Verhandlungen (Bilaterale II, inkl. Steuer-rückbehalt auf Zinszahlungen an natürliche Personen mit steuerlichem Wohnsitz in EU-Staaten) ist verabschiedet*
Ziel 20	
Revision Geldwäschereigesetz (Umsetzung GAFI)	– Die Vernehmlassung ist eröffnet
Ziel 21	
Fortführung der formellen Steuerharmonisierung	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Stärkung des Wettbewerbs in der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Arbeitsgesetzes (Herabsetzung des Schutzalters von 20 bzw. 19 auf 18 Jahre) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Vollzug des verschärften Kartellgesetzes: Die Änderung des Kartellgesetzes vom 20. Juni 2003 ist in Kraft gesetzt und die Ausführungsbestimmungen sind erlassen – Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt ist durch den Bundesrat eröffnet*
Ziel 2	
Reformprojekt Hochschullandschaft 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Der Vorentwurf und der dazu gehörige Begleitbericht für die Vernehmlassung sind vom Bundesrat verabschiedet* – Das weitere Vorgehen im Bereich «Neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung» ist geklärt*
Ziel 3	
Die Rolle der Fachhochschulen im Innovationsprozess ist gestärkt	<ul style="list-style-type: none"> – Die Teilrevision der Verordnung über die Fachhochschulen ist vom Bundesrat verabschiedet – Die Strategie zur Einführung der Bologna-Deklaration ist berichtigt worden – Die Strategie zur Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst (GSK) ist berichtigt worden – Der Richtungsentscheid zum Masterplan Bund-Kantone ist vom Bundesrat getroffen (Festlegung finanzieller Prioritäten im Fachhochschulbereich)*

Ziel 4	
Die Innovationsfähigkeit am Standort Schweiz ist gestärkt	<ul style="list-style-type: none"> – Die Entrepreneurship in der Berufsbildung und an den Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen) ist gefördert – Die Kompetenzen in angewandter Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen sind gestärkt – Neue Innovationspotenziale (z. B. «successful aging») sind erkannt und werden umgesetzt
Ziel 5	
Qualität und Attraktivität der Berufsbildung sind gesteigert	<ul style="list-style-type: none"> – Gezielte Massnahmen zur Image-Verbesserung der «Berufsbildung Schweiz» sind getroffen – Der Richtungsentscheid zum Masterplan Bundes-Kantone ist vom Bundesrat getroffen (Festlegung der finanziellen Prioritäten im Berufsbildungsbereich) – Die Vernehmlassung zu den bundesrätlichen und departementalen Verordnungen zum neuen Berufsbildungsgesetz (u. a. Berufsmaturitätsverordnung, Verordnung Höhere Fachschulen, Verordnung Schweiz. Institut für Berufspädagogik) ist eröffnet – Der Bericht über die Aufwertung der Pflegeberufe (in Erfüllung des Po. SGK-SR 02.3211 Aufwertung der Pflegeberufe) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605 Nachfrageorientierte Weiterbildung) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 6	
Ausarbeitung von Informationsinstrumenten für die Konsumentinnen und Konsumenten	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Revision des Konsumenteninformationsgesetzes (KIG) und der sektoriellen Gesetze, die sich auf dieses beziehen, ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Gesetzesdatenbank steht der Öffentlichkeit zur Verfügung und wird regelmässig aktualisiert – Die Wirksamkeit der Hotline, die seit September 2003 im Dienst ist, ist erwiesen – Die Benutzung der Webseite ist optimiert

Ziel 7	
Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Botschaft über die mit der EU abgeschlossenen bilateralen Verträge (Bilaterale II) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft über die Ausdehnung des Abkommens Schweiz – Europäische Union über den freien Personenverkehr auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ist vom Bundesrat verabschiedet *
Ziel 8	
Verbesserter Zugang zu den ausländischen Märkten	<ul style="list-style-type: none"> – Die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Kanada, Tunesien, Ägypten und Libanon sind unterzeichnet – Die Botschaften zur Ratifikation dieser Abkommen sind vom Bundesrat verabschiedet – Das Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Südafrika ist unterzeichnet – Freihandelsverhandlungen mit weiteren potenziellen Partnern (namentlich Republik Korea) sind eröffnet
Ziel 9	
Weiterführung der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat allenfalls das Verhandlungsmandat angepasst* – Die interessierten Kreise in Politik und Wirtschaft sowie der Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind regelmässig konsultiert worden – Die Öffentlichkeit ist informiert
Ziel 10	
Fortsetzung der verstärkten wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern	<ul style="list-style-type: none"> – Der Rahmenkredit IV ist vom Bundesrat verabschiedet und in Kraft gesetzt – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 11	
Vernehmlassung zum Bundesgesetz über regionalpolitische Massnahmen und zum Bundesgesetz über die «Stiftung Regionalentwicklung» (Arbeitstitel)	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Vernehmlassung eröffnet* – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beschlossen

Ziel 12	
Revision des Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beschlossen – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 13	
Förderung des Unternehmensstandorts Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Weiterführung des Programms «Standort: Schweiz» (Standortmarketing) ab 2006 ist durchgeführt – Der Bericht zur strategischen Positionierung der Exportförderung ist vom Bundesrat verabschiedet – Die Botschaft über die Finanzierung von Schweiz Tourismus 2005–2009, mit Strategie und Wirkungskontrolle, ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 14	
Konsolidierung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Multifunktionalität und Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Die Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2007 sind umgesetzt – Der 5. Agrarbericht, der durch ein entsprechendes Monitoring die Entwicklung der Schweizer Landwirtschaft unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu überprüfen hat, ist veröffentlicht – Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Trockenheit 2003 sind umgesetzt – Der Bericht «Erfassung des Verfassungsauftrags durch die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung ihres Beitrages zur dezentralen Besiedlung der Schweiz» in Erfüllung des Postulats 01.3183 Fässler Hildegard ist veröffentlicht – Die Agrarverhandlungen in der WTO sind somit gestaltet, dass die Ergebnisse die Erfüllung der verfassungsmässigen Aufgaben durch die Landwirtschaft nicht gefährden – Die Verhandlungen über die Restanzen in Verbindung mit dem bilateralen Agrarabkommen mit der EU sind erfolgreich abgeschlossen

	<ul style="list-style-type: none"> – Die konkreten Lösungen zur führungsmässigen Zusammenfassung von FAL / FAT und RAC / FAW sind ausgearbeitet
Ziel 15	
Umsetzung der neuen Strategie der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich Heilmittel	<ul style="list-style-type: none"> – Die im Hinblick auf eine Versorgungsstörung sicherzustellenden, kritischen Arzneimittel, Medizin- und Hygieneprodukte sind ermittelt
Ziel 16	
Stärkung des BWO als Kompetenzzentrum für das Wohnungswesen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Mietrechtsrevision ist umgesetzt – Anpassungen an der Wohnbauförderung gemäss Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) sind vorgenommen – Das Forschungsprogramm 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet – Über ein verstärktes Engagement in der UN-Organisation Habitat ist vom Bundesrat entschieden
Ziel 17	
Der Entscheid zur Schaffung des neuen «Bundesamtes für Lebensmittel und Tiere» (Arbeitstitel) ist zusammen mit dem EDI gefällt	<ul style="list-style-type: none"> – Der Entscheid über die Ansiedelung des Amtes ist getroffen – Die Projektorganisation ist eingesetzt – Allfällige Fragen zum Transfer der Mittel und zu Änderungen der Organisationsverordnungen sind geklärt
Ziel 18	
Umsetzung der Reorganisation der Vollzugsstelle für den Zivildienst	<ul style="list-style-type: none"> – Die Standorte der neuen Regionalzentren bei den sieben Rekrutierungszentren der Armee sind bezogen – Die neuen Strukturen (Organisation und Prozessverantwortung) sind eingespielt – Neue Führungsinstrumente (Qualitätsregelkreis) und Arbeitsmittel (ZIVI+, GEVER) sind eingeführt – Eine Wirkungskontrolle für das erste Schwerpunktprogramm ist aufgebaut
Ziel 19	
Behandlung der Eidgenössischen Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Volksinitiative ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 20	
Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «für einen zeitgemässen Tierschutz (Tierschutz – Ja)»	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 21	
Bericht über die Situation der Fahrenden in der Schweiz	– Der Bericht über die Situation der Fahrenden in der Schweiz in Beantwortung des Po. SGK-NR 03.3426 ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2004

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2004	Massnahmen 2004 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2004
Ziel 1	
Umsetzung einer multilateral abgestützten internationalen Umweltpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls vom 30. November 1999 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung der Versauerung, Eutrophierung und des bodennahen Ozons (Göteborger Protokoll) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die erste Vertragsparteienkonferenz der Rotterdam Konvention (PIC) findet in Genf statt. Die internationalen Kampagnen zur Ansiedelung der Sekretariate der Rotterdamer Konvention (PIC) und der Stockholmer Konvention (POPs) sind intensiviert*
Ziel 2	
Konsequente Umsetzung der nationalen Umweltpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Revision des Waldgesetzes ist durchgeführt* – Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz ist vom Bundesrat verabschiedet* – Eine Neuauflage des im Jahr 1986 erarbeiteten Konzepts betreffend lufthygienische Massnahmen des Bundes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung betreffend die Verordnung über die vorgezogene Entsorgungsgebühr auf Papier und Papierprodukten ist eröffnet – Die Änderung der Lärmschutzverordnung (Fristverlängerung für Strassenlärmsanierung und Modifizierung der Regelung für Lärmbelastungskataster) tritt in Kraft
Ziel 3	
Konkretisierung der Raumordnungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Der angepasste Sachplan Fruchtfolgeflächen ist vom Bundesrat verabschiedet

Ziel 4	
Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Bahnreform 2 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zu einem neuen Seilbahngesetz ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Konzept für die öV-Statistik ist bereit für die Umsetzung – Die erhöhten LSVA-Sätze ab 2005 sind mit der EU ausgehandelt und bereit für die Umsetzung
Ziel 5	
Realisierung der nationalen Bahnprojekte	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Anschluss der Ost- und Westschweiz ans europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV-Anschluss) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Planungsbotschaft für NEAT 2 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Plangenehmigungsverfahren der NEAT Uri und des Ceneri-Basistunnels sind abgeschlossen
Ziel 6	
Sicherung des Betriebs einer leistungsfähigen Strasseninfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> – Der Programmteil Sachplan Verkehr ist vom Bundesrat verabschiedet
Ziel 7	
Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnung der Bundesversammlung vom 21. März 2003 über Blutalkoholgrenzwerte im Strassenverkehr und die Änderung der dazugehörigen Verordnungen sind vom Bundesrat in Kraft gesetzt
Ziel 8	
Luftfahrtpolitik und Luftverkehrssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Luftfahrtpolitik ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) ist entsprechend den Empfehlungen des NLR-Berichts reorganisiert und operationell – Der Sachplan Infrastruktur Luftfahrt Teil IIIc, 3. Serie (anlagespezifische Ziele und Vorgaben, insbesondere Regionalflugplätze) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 9	
Marktgerechte und ökologisch ausgerichtete Energiepolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Revision Energiegesetz zur Einführung eines Bonus-Malus-Systems für neue Personenwagen ist vom Bundesrat eröffnet*

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur revidierten Energieverordnung bezüglich Stromkennzeichnung, Vergütung von Überschussenergie und Etikettierung von Elektrogeräten ist durchgeführt und die Verordnung vom Bundesrat in Kraft gesetzt*
Ziel 10	
Ergänzung der Gesetzgebung im Bereich Kernenergie	<ul style="list-style-type: none"> – Die Kernenergieverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet und tritt zusammen mit dem Kernenergiegesetz vom 21. März 2003 am 1.1.2005 in Kraft* – Die Vernehmlassung zum Kernenergiehaftpflichtgesetz ist vom Bundesrat eröffnet und ist durchgeführt*
Ziel 11	
Erneuerung der UKW-Sendernetzplanung	<ul style="list-style-type: none"> – Die neuen Weisungen des Bundesrates für die UKW-Sendernetzplanung sind erlassen
Ziel 12	
Reorganisation der Kontrolle der technischen Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> – Gesetzesentwürfe und Botschaft über die Aufsicht der technischen Sicherheit im UVEK sowie über die Stauanlagen sind vom Bundesrat verabschiedet*

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2004: Überblick

- Ziel 1: Entscheid zum Hochschulartikel – Vernehmlassung zum Hochschulförderungsgesetz – Priorisierung des BFT-Rahmenkredits 2004–2007 – Vernehmlassung zum Verfassungsartikel und zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen
- Ziel 2: Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Binnenmarkt – Weiteres Vorgehen beim Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht – Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten – Vernehmlassung zur Teilrevision des Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts
- Ziel 3: Bundesgesetz über die Transparenz von Entschädigungen und Beteiligungen von Verwaltungsräten und Mitgliedern der Geschäftsleitung – Vernehmlassung zur Revision des Aktienrechts – Totalrevision Lotteriegelgesetz
- Ziel 4: Konzept für einen schuldenbremsekonformen Legislaturfinanzplan 2005–2007 – Unternehmenssteuerreform II
- Ziel 5: Teilrevision des Bundesgesetzes über die Pensionskasse des Bundes – Vernehmlassung zur Einführung des Beitragsprimats in der Altersvorsorge des Bundespersonals
- Ziel 6: Vernehmlassung zur Revision des Waldgesetzes – Konzept betreffend lufthygienischen Massnahmen des Bundes – Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO
- Ziel 7: Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz – Bahnreform 2 – Planungskredit zur Aufarbeitung der Linienführung im Kanton Uri – Bericht über die Luftfahrtpolitik – Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt – Empfehlungen für eine Sicherheitspolitik der schweizerischen Zivilluftfahrt
- Ziel 8: Vernehmlassungen zur Kernenergieverordnung und zur Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes – Vernehmlassungen zur Revision des Energiegesetzes und zur Revision der Energieverordnung
- Ziel 9: Statistisches Mehrjahresprogramm 2003–2007 – Weiteres Vorgehen Identifikationssystem für den Einwohner- und Sozialversicherungsbereich – Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister – Vorentscheide zur Volkszählung 2010 – Teilrevisionen des Obligationenrechts und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Konsumentenschutz)
- Ziel 10: Vernehmlassung zur zweiten NFA-Botschaft – Änderung der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte – Gesetzliche Regelung des Vernehmlassungsverfahrens – Weiteres Vorgehen zur Revision des Vormundschaftsrechts und zum Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden
- Ziel 11: Vernehmlassung zur neuen Regionalpolitik

- Ziel 12: Vernehmlassungen zu den Umsetzungsbestimmungen der 11. AHV-, der 1. BVG- und der 2. KVG-Revision – Vernehmlassung zur 12. AHV-Revision – Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge – 5. Revision des Bundesgesetzes über die IV – Vernehmlassung zur 3. KVG-Revision – Vernehmlassung zur Zukunft der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Revision UVG) – Änderung des Militärversicherungsgesetzes (MVG) und des Unfallversicherungsgesetzes (UVG)
- Ziel 13: Vereinbarung Bund-Kantone im Rahmen der Nationalen Gesundheitspolitik – Strategie für die psychische Gesundheit – Weiteres Vorgehen zum Chemikalienverordnungsrecht
- Ziel 14: Vernehmlassung zur Umsetzung von Artikel 69 BV (Kulturartikel) und Pro Helvetia-Gesetz – Gründung der Stiftung Schweizerisches Landesmuseum und Festlegung des Leistungsauftrags 2005–2008 – Sprachengesetz
- Ziel 15: Einleitung der Genehmigungsverfahren zu den Bilateralen II und zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten
- Ziel 16: Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Gewährung von Privilegien, Immunitäten und Fazilitäten sowie von Finanzhilfen im Bereich Sitzstaatpolitik (BG zur Sitzstaatpolitik) – Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen – Kampagnen zur Ansiedlung zweier Konventionssekretariate (PIC und POPs)
- Ziel 17: Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS und IV. Rahmenkredit für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS – Bericht über die Menschenrechtspolitik 2003–2007 – Weiterführung der Verhandlungen im Rahmen der WTO
- Ziel 18: Ratifikation des Strafrechtsübereinkommens des Europarates gegen die Korruption – Vernehmlassung zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität sowie zu den Zusatzprotokollen gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel – Änderung des europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus – Ratifikation eines Staatsvertrags über die Zusammenarbeit mit EUROPOL
- Ziel 19: Totalrevision des Opferhilfegesetzes – Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda – Teilrevision des Waffengesetzes – Schweizerische Strafprozessordnung – Vierter USIS-Bericht

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2004

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2004 nach Schwerpunkten geordnet

1 Wohlstand vermehren und Nachhaltigkeit sichern

1.1 Forschung und Bildung	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (MedBG)	X	
Bericht über die Aufwertung der Pflegeberufe (in Erfüllung des Po. SGK-SR 02.3211 Aufwertung der Pflegeberufe)	X	
Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605 Nachfrageorientierte Weiterbildung)	X	

1.2 Wirtschaft	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zum Bundesgesetz über die nachrichtenlosen Vermögenswerte	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz)		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Transparenz von Entschädigungen und Beteiligungen von Verwaltungsräten und Mitgliedern der Geschäftsleitung	X	
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten		X
Botschaft zur Revision des Arbeitsgesetzes (Herabsetzung des Schutzalters von 20 bzw. 19 auf 18 Jahre)	X	
Botschaft zur Volksinitiative «Für einen zeitgemässen Tierschutz (Tierschutz – Ja!)»	X	
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten	X	
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen	X	
Botschaft zur Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»		X

1.3 Finanzen und Bundeshaushalt	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zu einem Entlastungsprogramm 2004		X
Botschaft zu einer Gesamtschau über die Probleme der Pensionskassen von Bund und bundesnahen Unternehmen		X
Botschaft zur Reform II der Unternehmensbesteuerung		X
Botschaft zum Biersteuergesetz		X
Botschaft zur Besteuerung der Mitarbeiterbeteiligungen	X	
Botschaft zur Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige		X
Botschaft zur Fortführung der formellen Steuerharmonisierung		X
Botschaft betreffend Abrechnungsweise bei der MWST		X
Botschaft zum Bundesgesetz über den Finanzhaushalt	X	
Bericht zur Vereinfachung u. Verbesserung des Systems der MWST (in Erfüllung des Po. Raggenbass Hansueli 03.3087 Mehrwertsteuer. Evaluation)		X

1.4 Umwelt und Infrastruktur	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft über den Planungskredit zur Aufarbeitung der Linienführung im Kanton Uri (Berg lang geschlossen) und die Überprüfung der zurückgestellten NEAT-Strecken, einschliesslich Finanzierung der Trassensicherung (NEAT 2)	X	
Botschaft zum Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz	X	
Botschaft zur Bahnreform 2		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Seilbahnen (Seilbahngesetz)		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Aufsicht der technischen Sicherheit		X
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz	X	
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls vom 30. November 1999 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung der Versauerung, Eutrophierung und des bodennahen Ozons (Göteborger Protokoll)	X	
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen	X	
Bericht über die Luftfahrtpolitik des Bundes		X

1.5 Informationsgesellschaft, Statistik und Medien	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister		X
Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (OR) und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Konsumentenschutz)		X
Bericht zum statistischen Mehrjahrsprogramm 2003–2007	X	

1.6 Staatliche Institutionen	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zu einer Änderung der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte (Einführung der allgemeinen Volksinitiative)		X
Botschaft zur Neuregelung des Vernehmlassungsrechts	X	
Bericht über die Legislaturplanung 2003–2007	X	
Bericht «Indikatoren als strategische Führungsgrössen für die Politik» (in Erfüllung der als Postulat überwiesenen Mo. Kommission 00.016-NR 00.3225 Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsinstrument)	X	

1.7 Raumordnung	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft über die Neufinanzierung von Schweiz Tourismus		X

2 Demografische Herausforderungen bewältigen

2.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) (Zukunft der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt, SUVA)	X	
Botschaft zur 5. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG)		X
Botschaft zur Volksinitiative «für fairere Kinderzulagen»	X	
Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) und des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG)	X	
Botschaft zur Revision des Lebensmittelgesetzes und zum Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum WHO-Rahmenübereinkommen vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakkonsums		X
Botschaft über administrative Erleichterungen in der AHV und der Unfallversicherung (UV)	X	

Bericht über die Verbesserung der interkantonalen Spitalplanung (in Erfüllung des Po. GPK-SR 02.3175 Verstärkung der interkantonalen Spitalplanung)		X
Bericht zu einer nationalen Strategie für die psychische Gesundheit (in Erfüllung des Po. SGK-NR 03.3010 Bericht zu einer nationalen Strategie zur psychischen Gesundheit)		X
Bericht über die Suizidprävention in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 02.3251 Suizidprävention)		X
Bericht zum Schutz vor dem Passivrauchen (in Erfüllung des Po. WAK-NR 02.3379 Schutz vor dem Passivrauchen)		X
Bericht über die Situation der Familien (in Erfüllung der Empfehlung Stadler 00.3662 Familienpolitik in der Schweiz)	X	

2.2 Gesellschaft, Kultur und Sport	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zu einem Sprachengesetz	X	
Bericht über die Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Musikausbildung (in Erfüllung der Mo. Bangerter Käthi 99.3528, Mo. Danioth Hans 99.3502 Förderung der Musikausbildung und Po. Suter Marc 98.3473 Eidg. Akademie der musischen Künste)		X
Bericht zur Freiwilligenarbeit (in Erfüllung Po Kommission 00.016-NR 00.3211 Freiwilligenarbeit)	X	
Bericht über die Situation der Fahrenden in der Schweiz (in Beantwortung des Po SGK-NR 03.3426 Beseitigung der Diskriminierungen von Fahrenden in der Schweiz)		X

3 Stellung der Schweiz in der Welt festigen

3.1 Aussenbeziehungen	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft über die Ausdehnung des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten	X	
Botschaft(en) über die neuen bilateralen Abkommen mit der EU (Bilaterale II)		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS	X	
Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS	X	
Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zum Bau eines neuen Gebäudes für die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf		X

Botschaft zum Beitritt der Schweiz zum International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)	X	
Botschaft betreffend Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals von 1994		X
Botschaft betreffend das Fakultativprotokoll zum UNO-Übereinkommen über die Rechte der Kinder betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie		X
Botschaft zur Revision des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen		X
Botschaft zur Revision der Exportrisikogarantie	X	
Föderalismusbericht (in Erfüllung Po. Pfisterer 01.3160 Föderalismusbericht. Erhaltung des Föderalismus bei verschiedenen europapolitischen Optionen)	X	
Bericht über die Menschenrechtspolitik 2003–2007 (in Erfüllung des Po. APK-NR 00.3414 Regelmässige Berichterstattung über die Menschenrechtspolitik der Schweiz)		X

3.2 Sicherheit	1. Halbjahr 2004	2. Halbjahr 2004
Botschaft zur Ratifikation des Strafrechtsübereinkommens des Europarates gegen die Korruption	X	
Botschaft zur Änderung des europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus		X
Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit den Philippinen		X
Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Brasilien		X
Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL	X	
Botschaft zum Polizeikooperationsübereinkommen mit Slowenien und Tschechien		X
Botschaft zur Polizeizusammenarbeit mit Frankreich		X
Botschaft zur Unterstützung des WEF 2005 ff.	X	
Botschaft zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zu einem Schweizerischen Jugendstrafverfahrensrecht		X
Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda	X	
Botschaft zur Teilrevision des Waffengesetzes	X	
Botschaft zur Totalrevision des Opferhilfegesetzes	X	
Extremismusbericht (in Erfüllung des Po. Christlichdemokratische Fraktion 02.3059 Extremismus-Bericht. Aktualisierung)	X	